
2283/J XXII. GP

Eingelangt am 10.11.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Maier

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Justiz

**betreffend „Korruptionsverdacht gegen Ärzte und Pharmafirmen in
Deutschland - oder auch in Österreich?“**

Nach Darstellung von Mag. Martin Kreutner (BIA) gehen pro Jahr EU-weit durch Korruption und Betrug im Gesundheitswesen zwischen 30 und 100 Mrd. Euro verloren. Durch illegale Auftragsvergabe versickern jährlich ca. 350 Mrd. Euro weltweit. Geschädigt werden dadurch alle SteuerzahlerInnen bzw. direkt alle PatientInnen. Als Beispiel nannte Mag. Kreutner Ärzte, die Gefälligkeitsgutachten erstellen oder solche, die Patienten bei Operationen vorreihen, wenn diese ein Geldkuvert übergeben. Schaden entsteht auch Pharmafirmen, die Kunden samt Familie zu fünftägigen „Seminaren“ nach Kitzbühel oder Hawaii einladen und die Kosten in Medikamentenpreise einrechnen. Konkrete Zahlen für Österreich oder Fälle wurden von Mag. Kreutner allerdings nicht bekannt gegeben.

In Deutschland gibt es aktuell wieder zahllose Korruptionsvorwürfe gegen Ärzte, Staatsanwälte ermitteln nach Presseberichten gegen hunderte Ärzte in Deutschland. Sie sollen durch Bestechung (Geldzahlungen, Familienreisen, Golfkurse etc.) bestimmte Herstellerfirmen bevorzugt haben.

„Wegen Korruptionsverdachts ermitteln Staatsanwälte in Darmstadt und München deutschlandweit gegen mehrere hundert Klinikärzte. Wie die Staatsanwaltschaft Darmstadt am Dienstag berichtete, sollen rund 350 Mediziner Geld und geldwerte Vorteile von einem

südhessischen MedizinproduktHersteller erhalten haben. Das Bielefelder „ Westfalen-Blatt“ (Dienstag-Ausgabe) berichtete, die Staatsanwaltschaft München ermittle gegen weitere 150 Mediziner.....

....Nach dem Zeitungsbericht geht die Staatsanwaltschaft München mutmaßlichen Vergünstigungen durch das japanische Pharmaunternehmen Fujisawa nach. Der Konzern

soll von 1998 bis 2003 in Deutschland 150 Klinikärzte bestochen haben. Dem Bericht zufolge wird in München auch gegen den fünf Fujisawa-Mitarbeiter ermittelt

...In einem dritten Korruptionskomplex im Gesundheitswesen leitete die Staatsanwaltschaft München dem Bericht zufolge erste Strafverfahren gegen Klinikärzte ein. Die Auswertung von Unterlagen, die im Mai 2004 bei der Durchsuchung der Zentrale der Pharmafirma Bristol-Myers Squibb (BMS) in München beschlagnahmt worden seien, haben einen konkreten Anfangsverdacht ergeben. Chefermittler Sailer wurde zitiert, dass bis zu 4.000 Ärzte von Strafverfahren betroffen sein könnten. "(APA Nr. 202 vom 2004-10-05)

Die laufenden deutschen Ermittlungen zur Korruption im Gesundheitswesen haben deutliche Parallelen zu den Fällen in Italien, die im Mai 2004 bekannt wurden. Exakt 4.440 Ärzte sind dort wegen Bestechung angezeigt worden. Im Mittelpunkt dieser Erhebungen steht der britische Pharmakonzern GlaxoSmithKline. Vorgeworfen wird dem Konzern Übernahme von Reisekosten (auch für Begleitpersonen), Zahlung von Geldbeträgen für Leistungen die nie erbracht wurden. Vorgeworfen wird 73 verdächtigten Managern auch die Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation. Gegen GlaxoSmithKline wurde seit 2001 auch in Deutschland ermittelt, nicht jedoch in Österreich (soweit bekannt).

Verdachtswürfe der beschriebenen Art sind in Österreich in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, allerdings wird das Bestehen derartiger Praktiken auch in Österreich in Einzelfällen nicht ausgeschlossen. In der AB zu GlaxoSmithKline wurde dem Fragesteller mitgeteilt, dass bis zum Jahr 2002 dem Gesundheitsressort keine diesbezüglichen Anhaltspunkte (die für die Annahme derartiger Verbindungen nach Österreich sprechen) zur Kenntnis gebracht wurden (3843/AB XXI. GP). Dem Justizministerium waren damals nur zwei Gerichtsverfahren aus den letzten Jahren bekannt (und zwar 1995 und 1996).

Aufgrund der jüngsten öffentlichen Angaben des Vertreters des Innenministeriums Mag. Martin Kreutner (BIA) müssen diese Aussagen aber hinterfragt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Gab es seit 2000 aus anderen Ländern Amts- bzw. Rechtshilfeersuchen betreffend Korruptionsverdacht (z.B. Verdacht auf Untreue, Geschenkkannahme, Bestechungen) gegenüber MitarbeiterInnen von GlaxoSmithKline oder gegen Verantwortliche im österreichischen Gesundheitswesen bzw. Krankenanstalten an Ihr Bundesministerium? Gab es Anzeigen, behördliche Ermittlungen bzw. Gerichtsverfahren?
2. Haben die zuständigen Stellen in Deutschland mit Ihrem Bundesministerium Kontakt aufgenommen, ob es hinsichtlich des zit. südhessischen Medizinproduktherstellers derartige Vorwürfe, Verbindungen bzw. Spuren in Österreich gibt bzw. gegeben hat? Wenn ja, was wurde damit bezweckt?
 - 2.1 .Wurden aufgrund der Veröffentlichungen über die laufenden Korruptionsermittlungen in Deutschland (z.B. Darmstadt, München) oder aufgrund von Anzeigen durch Ihr Bundesministerium konkrete Erhebungen / Ermittlungen vorgenommen, ob derartige Praktiken in Österreich (Krankenanstalten, Gesundheitseinrichtungen, Medizinische Berufe etc.) ebenfalls möglich sind bzw. vorgekommen sind?
 - 2.2.Wenn ja, wann, welche Erkenntnisse wurden dabei gewonnen und welche Maßnahmen konkret gesetzt?
 - 2.3.Wenn nein, weshalb nicht?
 - 2.4.Gab es entsprechende Erhebungen oder Ermittlungen (z.B. wegen Verdachts auf Untreue, Geschenkkannahme, Bestechung oder in diesem Zusammenhang Steuerhinterziehung) gegen Mitarbeiter dieses südhessischen Medizinproduktherstellers oder gegen Verantwortliche im österreichischen Gesundheitswesen bzw. in Krankenanstalten durch das BMI?
 - 2.5.Wenn ja, wann und welche und was waren die Ergebnisse?
 - 2.6.Gab es in der Frage des im Einleitungstext angesprochenen Korruptionsskandals aus Deutschland ein Rechts- bzw. Amtshilfeersuchen an Ihr Ministerium?
 - 2.7.Wenn ja, aus welchen Ländern und wie lautete der Inhalt dieses Rechts- bzw. Amtshilfeersuchens? Wurde diesem auch entsprochen?

3. Haben die zuständigen Stellen in Deutschland mit Ihrem Bundesministerium Kontakt aufgenommen, ob es hinsichtlich des japanischen Pharmaunternehmens Fujisawa derartige Vorwürfe, Verbindungen bzw. Spuren nach Österreich gibt bzw. gegeben hat?
Wenn ja, was wurde damit bezweckt?
 - 3.1. Wurden aufgrund dieses aufgezeigten Ärzte-Bestechungsskandals oder aufgrund von Anzeigen durch Ihr Bundesministerium konkrete Erhebungen / Ermittlungen vorgenommen, ob derartige Praktiken in Österreich (Krankenanstalten, Gesundheitseinrichtungen, Medizinische Berufe etc.) ebenfalls möglich sind bzw. konkret vorgekommen sind?
 - 3.2. Wenn ja, wann, welche Erkenntnisse wurden gewonnen und welche Maßnahmen konkret gesetzt?
 - 3.3. Wenn nein, weshalb nicht?
 - 3.4. Gab es jemals entsprechende Erhebungen und Ermittlungen (z.B. Verdacht auf Untreue, Geschenkkannahme, Bestechung oder in diesem Zusammenhang wegen Verdachts auf Steuerhinterziehung) gegen Mitarbeiter von Fujisawa oder gegen Verantwortliche im österreichischen Gesundheitswesen bzw. Krankenanstalten durch das BMI bzw. das BMJ?
 - 3.5. Wenn ja, wann und welche und was waren die Ergebnisse?
 - 3.6. Gab es in der Frage dieses angesprochenen Bestechungsskandals aus Deutschland oder anderen Ländern an Ihr Bundesministerium ein Rechts- bzw. Amtshilfeersuchen?
 - 3.7. Wenn ja, aus welchen Ländern und wie lautete jeweils der Inhalt dieses Rechts- bzw. Amtshilfeersuchens?
4. Haben die zuständigen Stellen in Deutschland mit Ihrem Bundesministerium Kontakt aufgenommen, ob es hinsichtlich der Pharmafirma Bristol-Myers Squibb(BMS) derartige Vorwürfe, Verbindungen bzw. Spuren in Österreich gibt bzw. gegeben hat?
Wenn ja, was wurde damit bezweckt?
 - 4.1. Wurden aufgrund dieses Ärzte-Bestechungsskandal in Deutschland (München) durch Ihr Bundesministerium konkrete Erhebungen / Ermittlungen vorgenommen, ob derartige

Praktiken in Österreich (Krankenanstalten, Gesundheitseinrichtungen, Medizinische Berufe etc.) ebenfalls möglich sind bzw. vorgekommen sind?

4.2. Wenn ja, wann, welche Erkenntnisse wurden gewonnen und welche Maßnahmen konkret gesetzt?

4.3. Wenn nein, weshalb nicht?

4.4. Gab es jemals entsprechende Erhebungen und Ermittlungen (z.B. wegen Verdachts auf Untreue, Geschenkkannahme, Bestechung und in diesem Zusammenhang auf Steuerhinterziehung) gegen Mitarbeiter von Bristol-Myers Smith oder in diesem Zusammenhang gegen Verantwortliche im österreichischen Gesundheitswesen bzw. Krankenanstalten durch das BM für Justiz bzw. durch das BMI?

4.5. Wenn ja, wann und welche und was waren die Ergebnisse?

4.6. Gab es in der Frage dieses angesprochenen Bestechungsskandals aus Deutschland oder anderen Ländern ein Recht- bzw. Amtshilfeersuchen?

4.7. Wenn ja, aus welchen Ländern und wie lautete der Inhalt dieses Recht- bzw. Amtshilfeersuchens?

5. Gab es im Zeitraum 2000 - 2004 unabhängig von den in dieser Anfrage genannten Unternehmen durch die Exekutive bzw. BMJ Erhebungen oder Ermittlungen wegen Verdachts auf Bestechung, Geschenkkannahme, Steuerhinterziehung etc., gegen Verantwortliche von Pharma- oder Medizinproduktunternehmen bzw. gegen Verantwortliche im Gesundheitswesen oder in Krankenanstalten in Österreich?

6. Wenn ja, in wie vielen Fällen? Zu welchen Ergebnissen führten jeweils diese Ermittlungen (Ersuche um Aufschlüsselung der Fälle auf Jahre)?

7. Wie viele Verfahren nach § 10 UWG sind Ihnen im Zeitraum 2000 - 2004 bekannt geworden (Aufschlüsselung auf Jahre)? Wie wurden diese Verfahren jeweils beendet?

8. Wie viele Anzeigen nach § 55 AMG (verbotene Geschenkkannahme) wurden im Zeitraum 2000 - 2004 erstattet (Ersuche um Aufschlüsselung auf Jahre)? Was ist Ihnen über Erledigung der Anzeigen bzw. den Ausgang der Verfahren bekannt?

9. Wie viele Millionen Euro gehen in Österreich jährlich durch Korruption und Betrug im Gesundheitswesen verloren? Woran liegt dies?
10. Nach welchen Kriterien kann dieser Verlust berechnet werden? Nach welchen Kriterien erfolgte die Berechnung durch Mag. Kreutner (BIA)?
11. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie als Justizministerin zur Bekämpfung von Korruption und Betrug im Gesundheitswesen ergreifen?